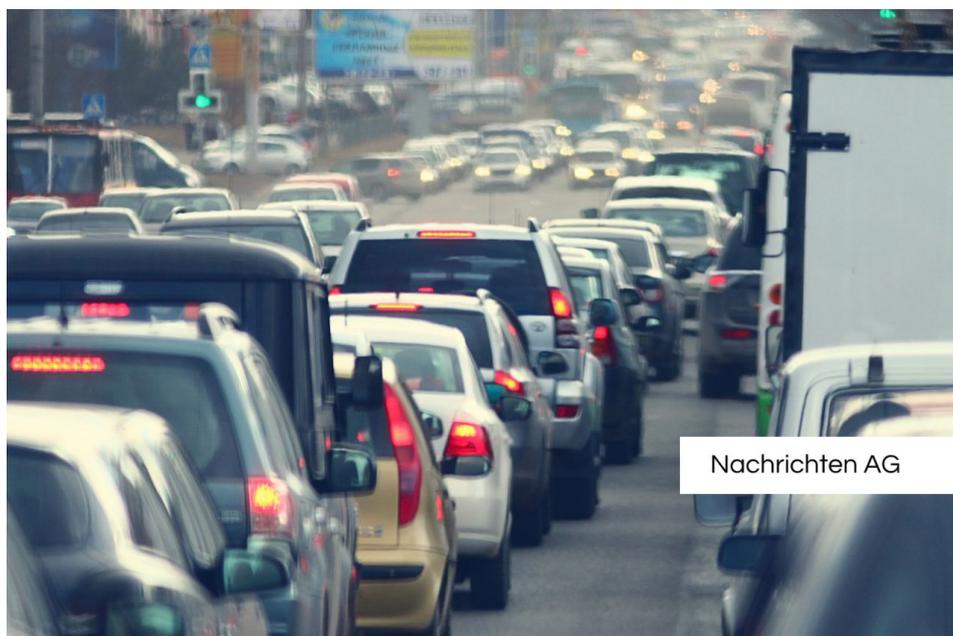


Kürzungen erschüttern Berliner Studierendenleben: Mensapreise steigen!

RBB24 berichtet über Kürzungen beim Studierendenwerk Berlin, die höhere Mensapreise und mögliche Einrichtungsschließungen zur Folge haben.



Mit großen Sorgen blicken die Studierenden in Berlin auf die jüngsten Beschlüsse des Senats, die drastische Haushaltskürzungen für das studierendenWERK BERLIN vorsehen. Ab dem 1. Januar 2025 werden die Preise für das Tagesgericht in den Mensen erhöht. Statt 1,45 Euro werden es dann 1,75 Euro sein, während auch die Preise für Desserts von 70 Cent auf 75 Cent steigen. Diese Änderungen sind das Ergebnis von finanziellen Einschnitten in Höhe von 7,5 Millionen Euro, die laut der Senatsentscheidung vom 19. November 2024 dem Studierendenwerk wegfallen, wie **rbb24** berichtet.

Die Auswirkungen dieser Kürzungen sind bereits spürbar, da zwei Mensa-Backshops schließen müssen, einer an der Humboldt-Universität und einer an der Hochschule für Musik Hanns Eisler. Bei weiteren Maßnahmen wie Einrichtungsschließungen wird ebenfalls diskutiert. Das Studierendenwerk betont, dass diese Preisanpassungen notwendig sind, um die Qualität und Verfügbarkeit von Speisen für die über 175.000 Studierenden in Berlin sicherzustellen. Eva Schuster, eine Sprecherin des Studierendenwerks, erklärte, dass durch die Reduzierung des Zuschusses der Staat gezwungen ist, die sozialen Beiträge zu erhöhen, da weniger Geld vom Land zur Verfügung steht. Gebe es weniger Zuschüsse, müsse auch der Sozialbeitrag steigen, was derzeit unter den Studierenden besprochen wird.

Ungewisse Zukunft für Studierende

Die Befürchtungen sind groß: Laut Aussagen von Jana Judisch vom Studierendenwerk könnte der Sozialbeitrag von aktuell 63 Euro um bis zu 30 Euro steigen. Dies hat bereits für Unruhe unter den Studierenden gesorgt, da der Preisanstieg und die mögliche Erhöhung des Sozialbeitrags für viele, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, eine ernsthafte Belastung darstellen. Laut **studierendenWERK BERLIN** sind diese Entscheidungen notwendig, um weiterhin eine qualitativ hochwertige Versorgung aufrechtzuerhalten, jedoch könnten sie auch zu einem Anstieg der Abbrecherquoten führen.

Die Diskussion um die finanziellen Engpässe wird innerhalb des Abgeordnetenhauses weitergeführt, während die Studierenden in Berlin auf eine klare Position der Regierung hoffen. Laut verschiedenen Initiativen sieht die Lage immer dramatischer aus, insbesondere bei maroden Wohnheimen, wo ein Sanierungsstau von 110 Millionen Euro besteht. Die Anforderungen an die politischen Entscheidungsträger werden immer lauter, um eine Lösung zu finden, die die Bedürfnisse der Studierenden ernst nimmt.

Details

Quellen

- www.rbb24.de
- www.stw.berlin

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de